

„Keine Ausschließeritis mehr“, sagte die Generalsekretärin der SPD im November 2013. Ihre Partei sei in vier Jahren für eine Koalition mit der Linkspartei bereit. Damit nähert sich ein Grundsatzstreit seinem Ende, der die Sozialdemokratie seit dem Mauerfall in Atem hielt. Thorsten Holzhauser, Historiker aus Mainz, analysiert die kontroverse Debatte in der SPD-Führung über den Umgang mit der SED-Nachfolgepartei vor 2000. Er zeigt dabei auf der Basis neuer Quellen, dass sich in dieser Frage nicht einfach ost- und westdeutsche Genossen gegenüberstanden. Die Differenzen gingen quer durch die Partei, und sie betrafen einen ganz wunden Punkt: die alte antikommunistische Tradition der SPD, die in den Augen vieler Sozialdemokraten gewahrt werden sollte, während sie von jenen angefochten wurde, die sich neue Machtoptionen davon versprochen.

Thorsten Holzhauser

„Niemals mit der PDS“?

Zum Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzungs- und Integrationsstrategie (1990–1998)

Als die noch junge ostdeutsche Sozialdemokratie im Frühjahr 1990 in den ersten und letzten freien Volkskammerwahlkampf der DDR zog, um die 40-jährige Herrschaft der SED zu beenden, legte sie sich auf eine zentrale Koalitionsaussage fest: „Niemals“ werde die SPD eine Koalition mit der PDS eingehen¹ – jener Partei also, die kurz zuvor aus der früheren Staatspartei hervorgegangen war und mit Hans Modrow noch immer den Regierungschef stellte. Acht Jahre und einige heftige Auseinandersetzungen später wurde der mecklenburg-vorpommersche SPD-Vorsitzende Harald Ringstorff mit den Stimmen von SPD und PDS zum ersten ostdeutschen Ministerpräsidenten an der Spitze einer rot-roten Koalitionsregierung gewählt.

Wenn Ringstorff damals betonte, mit der Bildung seiner Landesregierung lediglich ein „Stück Normalität“² vollzogen zu haben, so konnte er sich sicher sein, dass dies von vielen innerhalb und außerhalb seiner Partei ganz anders gesehen wurde. Noch lange nach der Wiedervereinigung stellte die Frage des Umgangs mit der Nachfolgepartei der SED für die Sozialdemokraten eine besondere Herausforderung dar. Einerseits verband die beiden Parteien eine wechselvolle und zumal für Sozialdemokraten schmerzhaft Geschichte. Diese reicht bis in den Ersten Weltkrieg zurück und wurde vor allem durch die sogenannte „Zwangsvereini-

¹ Ja zur deutschen Einheit – eine Chance für Europa. Wahlprogramm der SPD zum ersten frei gewählten Parlament der DDR, in: Gero Neugebauer/Bernd Niedbalski (Hrsg.), Die SDP/SPD in der DDR 1989–1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation, Berlin 1992, Dok. 9, hier S. 14.

² „In Ostdeutschland muß man manches anders machen“. Interview mit Harald Ringstorff, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. 11. 1998.

gung“ des Jahres 1946 und massive Verfolgungen von Sozialdemokraten in Ostdeutschland dauerhaft belastet. Andererseits aber spiegelte sich im Verhältnis zur PDS die gesamtgesellschaftliche Streitfrage wider, wie nach dem Ende der DDR mit dem Erbe der dortigen sozialistischen Herrschaft umzugehen sei – ein Problem, das die politische Geschichte Deutschlands in den neunziger Jahren wesentlich prägte und noch heute nicht zur Ruhe gekommen ist.

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts erfährt in der deutschen Zeitgeschichtsforschung neuerdings zunehmende Aufmerksamkeit³. Vor allem der Prozess der gesellschaftlichen Wiedervereinigung und des demokratisch-marktwirtschaftlichen Wandels in Ostdeutschland sind häufig thematisiert worden. Die Entwicklung der Parteibeziehungen hingegen gehörte bisher nicht zu den historischen Forschungsschwerpunkten, obwohl dem Mauerfall gerade in diesem Bereich wesentliche Veränderungen folgten, die bis heute nachwirken: Etwa zeitgleich entstanden im östlichen Teil Deutschlands ein Wettbewerb neuer demokratischer Parteien und auf Bundesebene ein pluralistisches Fünfparteiensystem. Damit wiederum eröffneten sich bis dahin ungekannte Möglichkeiten politischer Kooperation und Muster politischer Konkurrenz.

Von den neuen Wettbewerbsstrukturen besonders betroffen waren die Sozialdemokraten, da mit der PDS nicht nur ein zusätzlicher Konkurrent, sondern auch ein potenzieller Bündnispartner auf die politische Bühne trat. Die PDS stellte die Sozialdemokratie vor die Alternative, sie als politisch-moralisch belastete Konkurrenzpartei auszugrenzen oder sie zu integrieren und sich so eine zusätzliche Macht- und Gestaltungsoption linker Regierungsbündnisse zu schaffen. Die Entscheidung zwischen einer „Ausgrenzungs-Strategie“⁴ und einer „Integrationsstrategie“⁵ mündete in eine interne Auseinandersetzung, die die Partei in zwei nahezu unversöhnliche Lager spaltete.

Die Strategiediskussionen der SPD⁶ waren bereits in den neunziger Jahren Gegenstand zahlreicher publizistischer und politikwissenschaftlicher Analysen. Während sie dort aber oftmals unter stark normativen Gesichtspunkten behan-

³ Vgl. grundlegend Manfred Görtemaker, *Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung*, Berlin 2009; Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009; Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012; Edgar Wolf, *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, München 2013.

⁴ Joachim Raschke, *SPD und PDS. Selbstblockade oder Opposition?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 39 (1994), S. 1453–1464, Zitat S. 1457.

⁵ So Gerhard Schröder, in: *Archiv der sozialen Demokratie*, Bonn (künftig: AdsD), SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 27. 6. 1994; vgl. auch „Die Magdeburger Koalitionspläne sorgen für Unruhe in der Bonner SPD-Fraktion“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. 6. 1994.

⁶ Unter Strategie soll in Anlehnung an den Politikwissenschaftler Joachim Raschke ein politisches Handlungskonzept verstanden werden, das auf situationsübergreifenden und erfolgsorientierten Kalkulierungen von Zielen, Mitteln und Umweltbedingungen basiert. Vgl. Joachim Raschke, *Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept*, in: Frank Nullmeier/Thomas Saretzki (Hrsg.), *Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien*, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 207–241.

delt und entsprechend einseitig kommentiert wurden⁷, erlauben nun die größere zeitliche Distanz und die erstmalige Berücksichtigung von Archivquellen des SPD-Parteivorstands und anderer Parteigremien eine kritische historische Rekonstruktion der unterschiedlichen Argumente und Beweggründe. Zudem kann ein Blick auf die Geschichte des Umgangs der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus eine erweiterte Perspektive auf die Auseinandersetzungen in der SPD eröffnen. Am Beispiel einiger grundsätzlicher Entscheidungen in den Jahren 1990–1998 soll erklärt werden, warum es der Partei zu keiner Zeit gelang, sich in der PDS-Frage auf eine kohärente und von allen mitgetragene Strategie zu einigen.

Dialogpolitik oder „Konsens aller Demokraten“?

Das Nebeneinander einer gemäßigten und einer radikaleren Linken bildet seit der Oktoberrevolution 1917 ein Grundmuster vieler europäischer Parteiensysteme. Auch in Deutschland prägte seit der Weimarer Republik die erbitterte Gegnerschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten die politische Landschaft. Während die Sozialdemokratie in der sozialen Frage den Weg parlamentarischer Demokratie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft einschlug und mit bürgerlichen Parteien zusammenarbeitete, lehnten die Kommunisten die bürgerliche Demokratie ab und strebten stattdessen die Diktatur des Proletariats an. Vor 1933 kam es daher zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten, die die Weimarer Republik maßgeblich mittrugen, und den Kommunisten, die zu ihren entschiedensten Gegnern gehörten und die Sozialdemokratie – die „Sozialfaschisten“ – als Hauptfeind betrachteten.

Die Abgrenzung von den „kommunistischen Irrlehren“⁸ gehörte auch nach dem Zweiten Weltkrieg zu den wesentlichen Leitsätzen der SPD. Noch im Abgrenzungsbeschluss der SPD aus dem Jahr 1971 unterstrich sie die Frontstellung „Freiheitliche Demokratie auf der einen, kommunistische Parteidiktatur auf der anderen Seite“⁹. Die Teilung Deutschlands hatte jedoch die Rahmenbedingungen „rot-roter“ Auseinandersetzungen grundlegend geändert. Während die SED in Ostdeutschland ein Machtmonopol errichtet hatte, waren die Kommunisten in der Bundesrepublik erfolgreich von der politischen Bildfläche verdrängt worden. Im innenpolitischen Bereich verlor der Wettbewerb zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten daher über Jahrzehnte hinweg an Bedeutung.

Außen- und deutschlandpolitisch hingegen begann die SPD nach dem Machtverlust 1982 in einer „Zweite[n] Phase der Ostpolitik“¹⁰, die DDR-Staatspartei in

⁷ Vgl. stellvertretend für die gegensätzlichen Positionen Eckhard Jesse, SPD and PDS relationships, in: German politics 6 (1997), H. 3, S. 89–102; Raschke, SPD und PDS.

⁸ Abgrenzungsbeschluss der SPD, in: Hermann Weber, Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848–1990. Eine Dokumentation, Dok. 94: Sozialdemokratie und Kommunismus (1971), Berlin 1992, S. 268–276, Zitat S. 276.

⁹ Ebenda, S. 269.

¹⁰ Karsten D. Voigt, Schrittweiser Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf. Nach dem Berliner Parteitag der SPD, in: Die Neue Gesellschaft 27 (1980), S. 47–51, hier S. 48.

ihre Entspannungsbemühungen einzubeziehen und regelmäßige Kontakte beider Parteien zu etablieren¹¹. Höhepunkt dieser Entwicklung war das gemeinsame Dialog-Papier, das am 27. August 1987 von der Grundwertekommission der SPD unter Führung von Erhard Eppler und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED veröffentlicht wurde. Mit dem Ziel einer „gleichberechtigte[n] Zusammenarbeit zwischen Ost und West zum beiderseitigen Nutzen“¹² entfernte sich die Sozialdemokratie merklich von ihrem traditionellen Antikommunismus. Zu dieser Entwicklung trug auch bei, dass zur gleichen Zeit jüngere Sozialdemokraten und Vertreter der „Neuen Linken“ in wichtige Führungspositionen der Partei drängten, die dem Antikommunismus der älteren Genossen mehrheitlich kritisch gegenüberstanden.

Erst durch die Erosion der SED-Herrschaft und die Überwindung der deutschen Teilung im Jahr 1989/90 wurde der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und (Post-)Kommunisten für beide Seiten wieder innenpolitische Realität. Die SED benannte sich zur Jahreswende 1989/90 unter einer neuen Führung in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) um und suchte die Erneuerung, sie vermied aber einen radikalen Bruch mit der kommunistischen Tradition. Ihr Charakter als janusköpfige Partei zwischen marxistisch-leninistischem Erbe und sozialistischem Reformismus¹³ belebte alte Gegensätze im linken Lager, stellte die SPD aber auch vor eine entscheidende Frage: Sollte man den Annäherungskurs fortsetzen oder zur klaren Abgrenzung zurückkehren?

Während sich die bürgerlichen Parteien der Bonner Republik im Jahr 1990 den gewandelten Blockparteien der DDR öffneten, schied ein solches Vorgehen gegenüber der SED für die meisten Sozialdemokraten aus mehreren Gründen aus. Erstens hatte die SED in ihren Augen einen, wie Parteichef Hans-Jochen Vogel es nannte, „beispiellosen politischen, aber auch moralischen Zusammenbruch“ erlebt¹⁴, der eine Fortführung der Dialogpolitik ausschloss und erst recht eine Allianz mit der bisherigen Staatspartei unmöglich machte. Die Frage des Umgangs mit der SED wurde zunehmend als „Kernfrage unserer weiteren Politik und der Glaubwürdigkeit“¹⁵ angesehen. Zweitens war die Zukunft der Einheitspartei im Winter 1989/90 äußerst ungewiss, sodass SPD-Präsidiumsmitglieder wie

¹¹ Siehe dazu Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München/Wien 1993, S. 457–501; Heinrich Potthoff, *Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren*, München 1995, S. 47–63; Wilfried von Bredow/Rudolf Horst Brocke, *Das deutschlandpolitische Konzept der SPD. Darstellung, Hintergründe und Problemfelder der Deutschlandpolitik der SPD Mitte der achtziger Jahre*, Erlangen o.J. [1986]; Daniel Friedrich Sturm, *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*, Bonn 2006, S. 55–115.

¹² Wolfgang Brinkel/Jo Rodejohann (Hrsg.), *Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit*, Freiburg i. Br. 1988, Zitat S. 14.

¹³ Vgl. Sigrid Koch-Baumgarten, *Postkommunisten im Spagat. Zur Funktion der PDS im Parteiensystem*, in: *Deutschland-Archiv* 30 (1997), S. 864–878.

¹⁴ Zitat Hans-Jochen Vogel auf dem Berliner Parteitag, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), *Protokoll vom Berliner Programm-Parteitag*, Berlin 18.-20. 12. 1989, Bonn [1990], S. 97.

¹⁵ So SPD-Geschäftsführerin Anke Fuchs, in: *AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 19. 3. 1990*.

Heidemarie Wieczorek-Zeul es sogar für eine „Illusion“ hielten zu glauben „daß die SED nach den ersten freien Volkskammerwahlen 1990 überhaupt noch eine Rolle spielen werde“¹⁶.

Dazu kam drittens, dass die West-SPD in dieser Frage bereits wesentlich von der jungen Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP, seit Januar 1990 SPD) beeinflusst wurde, die sich am 7. Oktober 1989 ohne Mitwirkung westlicher Sozialdemokraten gegründet hatte. Die neue Partei um die beiden Pastoren Martin Gutzeit und Markus Meckel sowie dem Programmierer Stephan Hilsberg beanspruchte für sich, das sozialdemokratische Erbe in Ostdeutschland zu repräsentieren, und sah die eigene Existenz als dezidierte „Kampfansage an die SED“¹⁷. Wollte die West-SPD die ostdeutschen Sozialdemokraten nicht vor den Kopf stoßen, musste sie gegenüber der SED auf Distanz gehen. Im Vergleich zu dieser oder den bürgerlichen Blockparteien boten die wenigen Ost-Sozialdemokraten als Partner zwar keinerlei nennenswerte finanzielle, organisatorische oder personelle Ressourcen. Dafür besaßen sie aber die moralische Glaubwürdigkeit der Oppositionsbewegung in der DDR und wurden im Winter 1989/90, von Umfragen und steigenden Mitgliederzahlen angetrieben, als kommende Kraft in einer demokratisierten DDR gesehen¹⁸.

Den ostdeutschen Sozialdemokraten gelang es daher im Herbst 1989, die verunsicherte und innerlich gespaltene westdeutsche SPD auf einen klaren Abgrenzungskurs gegenüber der taumelnden Staatspartei festzulegen. Bereits vor dem Mauerfall war die Dialogpolitik mit der SED in den eigenen Reihen zunehmend in die Kritik geraten¹⁹. Aber erst im Dezember 1989 setzte sich in der Parteispitze allmählich die Meinung durch, dass „Vorsicht vor der SED“²⁰ geboten sei und weitere Kontakte „[a]uf absehbare Zeit“ zu unterbleiben hätten²¹. Damit gerieten vor allem jene jüngeren Parteimitglieder in die Minderheit, die die Dialogpolitik der 1980er Jahre maßgeblich unterstützt und verinnerlicht hatten und einer Kurskorrektur daher kritisch gegenüberstanden. Für viele von ihnen wie den Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau oder die Juso-Vorsitzende Susi Möbbeck war es schlicht unverständlich, „die Türen“ gegenüber der SED/PDS ausgerechnet in

¹⁶ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 10. 12. 1989.

¹⁷ Interview mit Markus Meckel, in: Wolfgang Herzberg/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen, Bonn 1993, S. 119.

¹⁸ Vgl. Wolfgang G. Gibowski, Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21 (1990), H. 1, S. 5–22, hier S. 7f.

¹⁹ Vgl. Potthoff, „Koalition der Vernunft“, S. 60f. Im März 1989 bereits hatten Eppler und die Grundwertekommission der SPD eine äußerst gemischte Bilanz des Papiers gezogen und die SED öffentlich gewarnt: „Wer den Dialog verweigert, gefährdet auch den nach außen.“ Grundwertekommission der SPD, Kritische Bilanz zum Dialog SPD/SED, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Bd. 7: 4.1.–31.12.1989, Bonn 1990, S. 72f.

²⁰ SPD-Parteivorsitzender Hans-Jochen Vogel, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 10. 12. 1989.

²¹ SPD-Geschäftsführerin Anke Fuchs, in: Ebenda.

dem Moment „völlig zu schließen“²², in dem sie sich erstmals um Reformen bemühte²³.

Doch diese Stimmen konnten sich nicht durchsetzen. Auf dem Berliner Programm-Parteitag am 17. Dezember 1989 brach die West-SPD mit dem Kurs der achtziger Jahre und zog einen Schlussstrich unter die Politik des Dialogs „mit der bisherigen Staatspartei SED“. Diese habe zwar „Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland erreicht“, zur Abrüstung beigetragen und „geholfen, den Umbruch in der DDR vorzubereiten“. Aber nicht die SED, sondern die ostdeutsche Sozialdemokratische Partei stehe „als einzige Partei in der DDR in der Tradition der deutschen Sozialdemokratie. Sie ist unsere Schwesterpartei“²⁴. Den Kritikern in der eigenen Partei wurden zwar weitere Gespräche mit Reformkräften in der SED in Aussicht gestellt²⁵, die zuvor stark ausgebauten Kontakte zwischen beiden Parteien wurden aber binnen weniger Wochen fast gänzlich abgebrochen – für die parteiinternen Kritiker dieser „Kontaktsperre“²⁶. Politik eine „panikartige Überreaktion“, die die Partei zum „Kronzeugen gegen ihre eigene bisherige Haltung“ mache²⁷. Öffentliche Auftritte mit Politikern der diskreditierten SED/PDS sollten zukünftig nur noch dann stattfinden, wenn diese als Staatsfunktionäre agierten, Treffen mit dem neuen Parteivorsitzenden Gregor Gysi lehnte der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel ebenso ab²⁸ wie die von Gysi anvisierte „Partnerschaft“ beider Parteien²⁹.

Überall brachen nun wieder alte Wunden im Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf. Dabei ging es vor allem um die Deutung der Parteilufusion von ostdeutscher SPD und KPD zur SED im Jahr 1946. Dass die PDS „zur Zwangsvereinigung schweige“³⁰, gehörte in den folgenden Jahren zu den wichtigsten Kritikpunkten der SPD und belastete das Verhältnis von Sozialdemokraten und Postkommunisten schwer. Dabei ging es auch um reale Vermögenswerte, welche die im Osten Deutschlands praktisch mittellose SPD nun von den Sozialisten einforderte³¹. Umgekehrt warf Gregor Gysi der SPD vor, die PDS enteignen und ausschalten zu wollen, „nur um deren Wählerstimmen zu erobern“³², und wieder-

²² So Henning Voscherau, in: Ebenda.

²³ Vgl. die Rede der Juso-Vorsitzenden Susi Möbbeck auf dem Berliner Programm-Parteitag, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Berliner Programm-Parteitag, S. 148.

²⁴ AdsD, SPD-Parteivorstand, Beschluß des Parteivorstandes vom 17. 12. 1989.

²⁵ Ebenda.

²⁶ „Vogels ‚panikartige Überreaktion‘“. Interview mit Henning Voscherau, in: die tageszeitung vom 16. 12. 1989.

²⁷ Ebenda.

²⁸ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 10. 12. 1989.

²⁹ Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS Partei des demokratischen Sozialismus, 8./9. und 16./17. 12. 1989 – Materialien, Berlin 1990, S. 104.

³⁰ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 11. 6. 1990.

³¹ Vgl. Fabian Peterson, Oppositionstrategie der SPD-Führung im deutschen Einigungsprozess 1989/1990. Strategische Ohnmacht durch Selbstblockade?, Hamburg 1990, S. 198 f.; Franz Oswald, The Party That Came Out of the Cold War, Westport Ct./London 2002, S. 96–99.

³² Gregor Gysi, Haben wir das Recht, historische Chancen ungenutzt zu lassen? Offener Brief des Vorsitzenden der PDS an die SPD in der DDR und BRD, abgedruckt in: Zeitschrift für

holte alte Vorwürfe an die SPD, den Kriegskrediten 1914 zugestimmt und die Revolution von 1918/19 verraten zu haben³³.

Der Kurswechsel der West-SPD bestärkte auch die ostdeutschen Sozialdemokraten in ihrer bisherigen Abgrenzungspolitik gegenüber der PDS. Auf dem Leipziger Parteitag (22. bis 25. Februar 1990) schloss die Partei jede Kooperation mit der PDS aus:

„Der PDS ist allerdings für uns unter keinen Umständen koalitionsfähig. [...] Wir sehen, daß sie sich noch nicht hinreichend erneuert hat. Wir glauben ihr nicht, daß sie während der Fahrt die Reifen wechseln kann. Noch immer betreibt sie die Politik mit der Angst und die Politik der leeren Versprechungen. Wir behaften die PDS als Partei bei ihrer SED-Vergangenheit, nicht jedoch jedes einzelne ihrer Mitglieder. [...] Wir Sozialdemokraten können gegenwärtig nur eine sichere Koalitionsaussage machen: niemals mit der PDS.“³⁴

Dieses Nebeneinander von „noch nicht“ und „niemals“ nahm bereits einen grundsätzlichen Widerspruch in der SPD-Strategie der folgenden Jahre vorweg: Einerseits wurde so die Möglichkeit angedeutet, mit einer geläuterten PDS irgendwann einmal zusammenarbeiten zu können, andererseits schloss man eine solche Zusammenarbeit ein für alle Mal aus. Stattdessen beschworen die Sozialdemokraten einen antikommunistischen und antitotalitären „Konsens aller Demokraten“³⁵ gegen die SED-Nachfolgepartei, der nach den Volkskammerwahlen 1990 seinen sichtbaren Ausdruck in der Großen Koalition unter Lothar de Maizière fand³⁶.

Der pointierten Frontstellung gegenüber den SED-Nachfolgern räumte nicht nur der Vorstand der Ost-Sozialdemokraten absolute Priorität ein – diese seien als „Gegner“, die anderen Parteien dagegen als „Konkurrenten“ zu betrachten³⁷. Auch die Geschäftsführerin der West-SPD Anke Fuchs erläuterte im Sommer 1990 die offizielle Strategie der Sozialdemokraten im „normalen Umgang“ mit der PDS: Die Partei sei eine „gegnerische Organisation“, „die sich zu Lasten der SPD stabilisieren wolle“. Deswegen könne es auch „eine Zusammenarbeit mit der PDS nicht geben“³⁸. Im Hinblick auf die Landtagswahlen in der DDR im Oktober schloss Parteichef Vogel – nunmehr für die seit September 1990 gesamtdeutsche

sozialistische Politik & Wirtschaft 54 (1990), S 27–29, hier S. 28.

³³ Ebenda.

³⁴ Ja zur deutschen Einheit, in: Neugebauer/Niedbalski (Hrsg.), Die SDP/SPD in der DDR, Dok. 9, S. 14 f.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Die Koalition wurde wesentlich damit begründet, „Umarmungsversuchen“ durch die PDS und einem Überbietungswettbewerb mit dieser in der gemeinsamen Opposition zu entgegen, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 2. 4. 1990; AdsD, Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD Parteivorstand, 2/SDPA000056, Brief von Markus Meckel an alle Mitglieder der SPD vom 21. 4. 1990.

³⁷ AdsD, Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD Parteivorstand, 2/SDPA000062, Brief des Vorstands der SPD der DDR an die Bezirksvorstände mit der Bitte um Weiterleitung an die Kreisvorstände, Berlin, 3. 4. 1990.

³⁸ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 11. 6. 1990.

SPD – nicht nur ausdrücklich jede „Form der Zusammenarbeit mit der PDS“, sondern auch jede „Duldung“³⁹ aus.

Dahinter stand offensichtlich die Befürchtung, die einstige Staatspartei könne zur ernstzunehmenden Konkurrenz für die Sozialdemokraten im vereinigten Deutschland werden. Nach den Grünen drohte sich binnen weniger Jahre nun noch eine „Linkspartei“ als Alternative zur SPD zu formieren⁴⁰, die den Weimarer Dualismus zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Arbeiterschaft wiederzubeleben schien. Nach der Volkskammerwahl im März 1990 wurden in der SPD-Parteispitze daher Sorgen ob der vermeintlichen Stärke der PDS in der organisierten Arbeiterschaft geäußert: Die „Gewerkschaftsfrage“ sei zentral in der Auseinandersetzung mit der PDS⁴¹. In Wahrheit hatte die PDS in der Wahl aber gerade in diesem Segment der Bevölkerung besonders schlecht abgeschnitten⁴², sie entwickelte sich zu keiner Zeit zu einer Arbeiterpartei. In der SPD blieb die Furcht vor Weimarer Verhältnissen aber dennoch virulent.

Auch linke Sozialdemokraten wie Peter von Oertzen betonten nun, eine „Einheitsfront“⁴³ mit der PDS komme nicht infrage. Dem standen nicht nur historische, sondern auch ideologische Motive entgegen. Zwar bekannte sich die PDS 1990, anders als die KPD in Weimar, grundsätzlich zum demokratisch-bürgerlichen Rechtsstaat, sie vermied aber einen generellen Bruch mit der kommunistischen Tradition⁴⁴. Die Vergangenheit der Partei, aber auch ihre wiederholte Kritik am Parlamentarismus der Bundesrepublik und ihre Forderungen nach einer Ergänzung des Parlamentarismus, etwa durch „Kammern und Runde Tische“⁴⁵, schürten in Teilen der SPD immer wieder Zweifel am Demokratieverständnis der Partei⁴⁶.

³⁹ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Telefonkonferenz des Präsidiums am 8. 10. 1990.

⁴⁰ Walter Momper (März 1989 – Januar 1991 Regierender Bürgermeister von Berlin), sah in der PDS eine neue „grün-alternative Linkspartei“, die für die SPD „ein großes Problem“ darstelle, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 19. 3. 1990.

⁴¹ Ebenda, Zitat Peter von Oertzen; vgl. auch ebenda, Präsidiumssitzung am 2. 4. 1990.

⁴² Vgl. Gibowski, Demokratischer (Neu-)Beginn, S. 13 f.

⁴³ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 19. 3. 1990, Zitat Peter von Oertzen. Eine Außenseitermeinung vertrat dagegen Egon Bahr, der die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden suchte. Vgl. Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 559–562; Interview mit Egon Bahr, in: Der Spiegel vom 24. 10. 1994, S. 41–47.

⁴⁴ Vgl. Programm Partei des Demokratischen Sozialismus, angenommen auf dem Wahlpartei-tag der PDS am 25. 2. 1990. o.O. 1990. Darin trat die Partei grundsätzlich für eine sozial-ökologisch gestaltete „Marktwirtschaft“ ein (S. 7), berief sich aber u. a. auf Marx, Engels, Lenin und Gramsci (S. 4). Zudem vermied sie einen Bruch mit dem orthodoxen Flügel und duldete unter anderem eine Kommunistische Plattform.

⁴⁵ Beschluss des Parteivorstandes vom 29. 11. 1994 als Diskussionsgrundlage für den 4. Parteitag: 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS, in: Heinz Beinert (Hrsg.), Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand, Berlin 1995, S. 207–220, Zitat S. 214.

⁴⁶ Vgl. Richard Schröder, SED, PDS und die Republik, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 43 (1996), S. 912–921, hier v.a. S. 918.

Darüber hinaus fürchteten viele Sozialdemokraten, die PDS könne die „abstrakte Systemdebatte“⁴⁷ zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus wiederbeleben, die man doch überwunden glaubte. Die Sozialdemokraten hatten sich längst mehrheitlich mit der marktwirtschaftlichen Ordnung arrangiert und vom Ziel der Überwindung des Systems Abstand genommen. Das Ende des real existierenden Sozialismus schien dem Recht zu geben. Die PDS aber verzichtete nicht auf Kritik an der „sogenannte[n] ‚sozialen Marktwirtschaft‘“ und definierte sich als „antikapitalistische Bewegung“ mit dem Ziel der „Veränderung der Eigentumsstrukturen“⁴⁸. Damit stellte sie den marktwirtschaftlichen Konsens der Bundesrepublik in Frage, sie drohte aber auch den Zusammenhalt der Sozialdemokratie zu gefährden, zumal die PDS gezielt Vertreter des sozialistischen Minderheitsflügels der SPD ansprach und als Bündnispartner zu gewinnen suchte⁴⁹.

Aufnahme oder Ausschluss ehemaliger SED-Mitglieder?

Nicht zuletzt deswegen lag es im Interesse der Sozialdemokraten, die PDS zu isolieren und zu marginalisieren. Auch dazu sollte der oft beschworene demokratische Konsens gegen die PDS dienen. Dennoch stellte sich die zentrale Frage, wie mit den Millionen ehemaliger SED-Mitglieder und den Angehörigen der Funktionsebenen umgegangen werden sollte, denen die Ost-SPD als Partei früherer Oppositioneller naturgemäß distanziert gegenüberstand, von denen sich aber ein nicht geringer Teil sozialdemokratisch orientierte⁵⁰.

Die Frage, ob die „so genannten guten Leute in der SED“ von den Sozialdemokraten in der DDR aufgenommen werden sollten, hatte die Führung der West-SPD schon im Dezember 1989 angesprochen und einhellig bejaht⁵¹. Diese Haltung spiegelte nicht nur die Hoffnungen wider, die westliche Sozialdemokraten Jahre lang in die „Reformer“ in der SED gesetzt hatten, sondern entsprach auch den anfangs durchaus einladenden Signalen aus der ostdeutschen Sozialdemokratie. Nach der Vorstellung des SDP-Gründers Markus Meckel sollte seine Partei „nicht nur Intellektuelle oder nur Oppositionelle sammeln“, sondern „Volkspartei“ werden⁵². Meckels Versprechen gemäß, die SDP unterscheide „zwischen der SED und einzelnen SED-Mitgliedern“⁵³, lud sein Vorstandskollege Steffen Reiche im Herbst

⁴⁷ Karsten Voigt, Was ist heute links?, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 45/148 vom 6. 8. 1990, hier S. 2.

⁴⁸ Wahlprogramm der Linken Liste/PDS zur Bundestagswahl 1990. o.O. 1990, S. 19.

⁴⁹ Zum entstehenden Diskurs zwischen PDS und SPD-Linker vgl. Heft 54 (1990) der Zeitschrift für sozialistische Wirtschaft und Politik zum Thema SPD/PDS.

⁵⁰ Vgl. „Sozialdemokratische Plattform in der SED-PDS“, in: Neues Deutschland vom 9. 1. 1990.

⁵¹ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 10. 12. 1989.

⁵² Markus Meckel, Konsequenzen aus den Erfahrungen der Oppositionszeit: Partei oder soziale Bewegung?, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992. In Zusammenarbeit mit Rainer Eckert, Bonn 1992, S. 53–66, Zitate S. 63.

⁵³ Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (Hrsg.), Protokoll Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei in der DDR 12.1.-14. 1. 1990, Berlin, Kongreßhalle Alexanderplatz, Berlin 1990, S. 259.

1989 ausdrücklich alle „Mitglieder der SED, die sozialdemokratisch denken“, ein, „Mitglied der Sozialdemokratischen Partei in der DDR [zu] werden“⁵⁴.

Die SPD wollte zunächst also nur die SED/PDS als gegnerische Partei ausgrenzen, nicht aber deren gesamte Mitgliedschaft. Die Staatspartei sollte verschwinden, die „guten Leute“ sollten zur SDP kommen. Unumstritten war dieses Integrationsangebot jedoch nicht⁵⁵. Die Stimmung kippte rasch, als es im Januar 1990 so schien, als könne die zunehmende Erosion der SED/PDS eine größere Spaltung der Einheitspartei nach sich ziehen und der kleinen ostdeutschen Sozialdemokratie schlagartig einen immensen Mitgliederzuwachs bescheren⁵⁶. Die anfängliche Offenheit wich nun einer verbreiteten Furcht, die Partei könne von ehemaligen SED-Mitgliedern überrannt bzw. unterwandert werden⁵⁷. Auch in den Reihen der Bonner SPD wurden solche Vorbehalte geteilt, sodass Hans-Jochen Vogel den Sozialdemokraten in der DDR ein „gesundes Maß an Zurückhaltung“ im Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern empfahl⁵⁸.

Die Folge davon war eine Reihe von Versuchen, die Aufnahme früherer SED-Mitglieder zu begrenzen⁵⁹. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung beschloss der Leipziger Parteitag Ende Februar schließlich, grundsätzlich keine Ex-Genossen mehr aufzunehmen, die erst nach dem 7. Oktober 1989 aus der SED ausgetreten waren⁶⁰. Damit war die Perspektive der Integration früherer Mitglieder der Staatspartei in die neue Sozialdemokratie hinfällig. Zwar wurde der so genannte „Abschottungsbeschluss“⁶¹ schon bald nach dem enttäuschenden Abschneiden

⁵⁴ Steffen Reiche, Neubeginn oder Kollaps, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 36 (1989), S. 1074–1080, Zitat S. 1078.

⁵⁵ Vgl. die Diskussion u. a. zwischen Steffen Reiche, Sabine Leger u. a., in: Dowe (Hrsg.), Bürgerbewegung, vor allem S. 27 u. S. 95.

⁵⁶ Viel diskutiert wurde der Fall des Dresdner Oberbürgermeisters und stellvertretenden SED/PDS-Vorsitzenden Wolfgang Berghofer, der am 21. 1. 1990 im Westfernsehen seinen Austritt aus der SED-PDS verkündete und seinen geplanten Eintritt in die Ost-SPD signalisierte. Vgl. Tagesschau vom 21. 1. 1990; außerdem „Reformer auf dem Rückzug“, in: Der Spiegel vom 29. 1. 1990, S. 20f.

⁵⁷ Vgl. „SPD bietet Berghofer (noch) keinen Posten an“, in: die tageszeitung vom 23. 1. 1990. Reinhard Höppner spricht rückblickend von „breite[m] Widerstand“ in der Ost-SPD, in: Egon Bahr/Reinhard Höppner, Die SPD und die Linke. Einsichten aus West und Ost, Berlin 2010, S. 59.

⁵⁸ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 22. 1. 1990; Anke Fuchs und Hans-Ulrich Klose teilen die Bedenken Johannes Raus, es könne eine „schleichende Unterwanderung der SPD in der DDR“ geben, dagegen sprachen sich Gerhard Schröder und Egon Bahr für eine größere Offenheit gegenüber SED-Mitgliedern aus, in: Ebenda.

⁵⁹ Am 19. 1. 1990 ging die Partei mit einer Mitteilung an die Presse, in der sie ehemalige SED-Mitglieder, die nach dem 1. 1. 1990 die Partei verlassen hatten, aufforderte, „für mindestens ein Jahr keine Anträge auf Mitgliedschaft in der SPD zu stellen“. Mitteilung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN) vom 19. 1. 1990.

⁶⁰ Vgl. Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 189. Diese Beschlusslage wurde im April durch den Ost-SPD-Vorstand nochmals ausdrücklich betont; AdsD, Sozialdemokratische Partei der DDR – SDP/SPD Parteivorstand, 2/SDPA000056, Brief des Vorstands an die Bezirksvorstände mit der Bitte um Weiterleitung an die Kreisvorstände, Berlin, 3. 4. 1990.

⁶¹ Werner Müller/Fred Mrotzek/Johannes Köllner, Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern. Mit einem Vorwort von Harald Ringstorff, Bonn 2002, S. 242.

bei der Volkskammerwahl im März revidiert⁶². Da die für die Mitgliederaufnahme zuständigen Ortsverbände aber oftmals sehr restriktiv urteilten, fanden auch danach kaum ehemalige Mitglieder der Einheitspartei den Weg in die SPD⁶³.

Bei der Entscheidung gegen die Aufnahme früherer SED-Mitglieder spielten mehrere Gründe zusammen. Die Angst vor einer Unterwanderung durch SED und Staatssicherheit war im oppositionellen Milieu tief verwurzelt. Hinzu kamen Behauptungen der CDU im Volkskammerwahlkampf, die SPD diene als Auffangbecken für ehemalige SED-Mitglieder⁶⁴, was bei vielen Sozialdemokraten das Bedürfnis verstärkte, sich noch stärker von der SED abzugrenzen⁶⁵. Mancher Ost-Sozialdemokrat erblickte zudem in den ehemaligen SED-Mitgliedern „eine Konkurrenz für die eigene Karriere“⁶⁶.

Aber auch programmatisch bestanden enorme Vorbehalte gegenüber den sozialistischen „SED-Ideologen“⁶⁷, vor allem unter den stärker marktwirtschaftlich orientierten Parteigründern Meckel, Gutzeit und Hilsberg. Während sich Vertreter der so genannten sozialdemokratischen Plattform in der SED/PDS mit Marx, Engels, Bernstein, Kautsky und Rosa Luxemburg explizit auf eine historisch-sozialistische Tradition und auf das Ideal des demokratischen Sozialismus beriefen⁶⁸, stritten die SDP-Gründer explizit für eine „ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft“⁶⁹, sie favorisierten die „soziale Demokratie“ der Nachkriegs-SPD, nicht den „demokratische[n] Sozialismus der PDS“⁷⁰.

Am schwersten wog jedoch, dass die ursprüngliche politische Motivation der SDP-Gründer in der DDR-Opposition gerade darin gelegen hatte, die Staatspartei zu bekämpfen. Jede Öffnung gegenüber SED-Mitgliedern stellte daher für sie eine unzumutbare „Verfremdung“ ihres politischen Werks dar⁷¹. Dementsprechend suchten sie auch ihre einstigen Feinde von der eigenen Partei fernzuhal-

⁶² Die Partei kehrte auf dem Hallenser Parteitag im Juni 1990 zur Einzelfall-Entscheidung zurück. Vgl. Von der Bürgerbewegung zur Parteigründung. Zeitzeugengespräch I mit Marianne Birthler und Markus Meckel, Moderation Hermann Weber, in: Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Essen 2001, S. 15–28, hier S. 28; Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 190; Müller/Mrotzek/Köllner, SPD in Mecklenburg-Vorpommern, S. 242.

⁶³ Vgl. Zeitzeugengespräch I, Bericht Markus Meckels über „intensive Befragungen“, in: Faulenbach/Potthoff (Hrsg.), Sozialdemokratie, S. 28; Schröder, SED, PDS und die Republik, S. 912–921, hier S. 912.

⁶⁴ Vgl. „Mit dem Teufel marschiert“, in: Der Spiegel vom 5. 3. 1990, S. 18f.; Ute Schmidt, Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Opladen 1997, S. 101.

⁶⁵ Vgl. Zeitzeugengespräch I, Meckel, in: Faulenbach/Potthoff (Hrsg.), Sozialdemokratie, S. 27.

⁶⁶ Interview von Wolfgang Herzberg und Patrik von zur Mühlen mit Stephan Hilsberg, Berlin, 25. Juni 1993, in: Herzberg/von zur Mühlen (Hrsg.), Anfang, S. 134–157, Zitat S. 144f.

⁶⁷ Stephan Hilsberg, Strategien gegen die PDS, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 43 (1996), S. 923; vgl. auch Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 135–138.

⁶⁸ Vgl. „Sozialdemokratische Plattform in der SED-PDS“, in: Neues Deutschland vom 9. 1. 1990.

⁶⁹ Ja zur deutschen Einheit, in: Neugebauer/Niedbalski (Hrsg.), Die SDP/SPD in der DDR, Dok. 9, S. 4.

⁷⁰ Ebenda, S. 14.

⁷¹ Hilsberg, Strategien gegen die PDS, S. 923. Vgl. auch Bahr/Höppner, SPD und die Linke, S. 59.

ten, sie erschwerten ihnen den Beitritt und verloren damit den Kontakt zu der Klientel, die später zum Kernbestand der PDS-Wählerschaft werden sollte⁷².

Die ursprüngliche SPD-Strategie im Umgang mit der PDS wurde auf diese Weise konterkariert: Die deutliche Abgrenzung von der Partei und ihre Ausgrenzung aus dem Konsens der Demokraten blieben zwar prägend, das ergänzende und gewissermaßen kompensatorische Integrationsangebot an die sozialdemokratisch orientierten Mitglieder der früheren SED aber entfaltete nur geringe Attraktivität. Die PDS entging so der Gefahr, in der schwierigen Umbruchsituation 1989/90 kritische Mitglieder und Sympathisanten dauerhaft an die sozialdemokratische Konkurrenz zu verlieren⁷³.

Stabilisierung der PDS, Krise der Ost-SPD

In den folgenden Jahren gelang es der PDS unter der Führung von Gregor Gysi, sich mit einer Mischung aus vereinigungs- und kapitalismuskritischer Anti-System-Haltung⁷⁴ und unideologischer Basisarbeit zu behaupten und ein stabiles Reservoir an Stammwählern an sich zu binden⁷⁵. Zwar entwickelte sich die Partei im Westen zu keiner ernstzunehmenden Konkurrenz für die Sozialdemokraten. In Ostdeutschland aber verstand sie es recht gut, denen eine Stimme zu verleihen, die mit der konkreten Ausgestaltung der deutschen Einheit unzufrieden waren oder zu den Verlierern zählten⁷⁶. Die kleine ostdeutsche SPD dagegen kämpfte in den gesamten neunziger Jahren mit stagnierenden Mitgliederzahlen⁷⁷. Viele Wähler suchten nicht zuletzt deshalb andere Alternativen⁷⁸, weil ihnen die SPD

⁷² Vgl. Koch-Baumgarten, Postkommunisten; Karl Schmitt, Wählt der Osten anders? Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung, in: Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 96–110, hier S. 101.

⁷³ Gysi sah die Entscheidung der SPD daher als großen „Vorteil“ für die PDS an; vgl. Gregor Gysi, Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg 2001, S. 76.

⁷⁴ Vgl. Viola Neu, Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt. Die programmatische Entwicklung der Partei Die Linke/PDS von 1990 bis 2011, Sankt Augustin/Berlin 2011, S. 11–15.

⁷⁵ Vgl. Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 246; Franz Walter, Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken, in: Tim Spier u. a. (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 325–337, hier S. 328 f.; Jürgen W. Falter/Markus Klein, Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994, in: Gerhard Hirscher (Hrsg.), Parteiendemokratie zwischen Kontinuität und Wandel. Die deutschen Parteien nach den Wahlen 1994, München 1995, S. 314–345, hier S. 320–322.

⁷⁶ Vgl. Walter, Eliten oder Unterschichten?, in: Spier u. a. (Hrsg.), Die Linkspartei, S. 326–328; Koch-Baumgarten, Postkommunisten; Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 352.

⁷⁷ Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995/96, Bonn 1997, S. 373; Gero Neugebauer, Die SPD: Im Osten auf neuen Wegen? Teil I: Zur Organisation der SPD im Osten. Texte und Dokumente, Berlin 1994, S. 4.

⁷⁸ Vgl. Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993, S. 177, S. 33–37, S. 179 f. u. S. 466 f.

ganz im Gegensatz zur PDS als westdominierte Partei ohne Verankerung in Ostdeutschland galt⁷⁹.

Entsprechend nüchtern fiel bei einigen Sozialdemokraten nach vier Jahren die Bilanz der Exklusionsstrategie im Umgang mit der PDS aus. In einem internen Strategiepapier der SPD-Bundestagsfraktion stellte deren Geschäftsführer Uwe Küster fest, dass sich die PDS durch ein „hohes Maß an Bürgernähe“ auszeichne und ihre SED-Vergangenheit „von großen Teilen der Bevölkerung gar nicht als Makel“ wahrgenommen werde⁸⁰. Ähnlich urteilte der SPD-Geschäftsführer in Mecklenburg-Vorpommern Nikolaus Voss, der die PDS explizit als „linke sozialdemokratische Ostpartei“⁸¹ bezeichnete und damit die Gefahr ansprach, dass die PDS im Osten zur erfolgreicheren Sozialdemokratie werden könnte.

Angesichts dieser Probleme setzte in Teilen der ostdeutschen SPD ein Prozess des Umdenkens ein, der mit einer Machtverschiebung innerhalb der ostdeutschen Sozialdemokratie korrespondierte: Auffallend schnell waren diejenigen, die bereits vor dem Herbst 1989/90 in der DDR-Opposition aktiv gewesen waren, gegenüber den später Eintretenen in die Minderheit geraten und aus den Entscheidungszentren der Partei verdrängt worden⁸². Rasch wurden zwischen den ostdeutschen Sozialdemokraten der ersten und der zweiten Stunde Mentalitätsunterschiede sichtbar⁸³, die letztlich auch die PDS-Frage betrafen. Mit Politikern wie Harald Ringstorff, Manfred Stolpe oder Reinhard Höppner dominierte in den Landesverbänden bald ein Politikertypus, den Franz Walter als „Wendepolitiker“⁸⁴ bezeichnete. Der Oppositionstradition der SDP-Gründer setzten sie die prägende Erinnerung der Wendezeit entgegen und beriefen sich auf die Runden Tische als Ausdruck einer spezifisch ostdeutschen, pragmatisch-kooperativen Kultur des Konsenses⁸⁵. Zugleich setzten sie sich im Umgang mit der PDS

⁷⁹ Vgl. Neugebauer, SPD: Im Osten auf neuen Wegen?, S. 11 u. S. 47.

⁸⁰ AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 42.913, Internes Argumentationspapier zur PDS im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf, verfasst von Uwe Küster (Parlamentarischer Geschäftsführer), 11.3.1994. Vgl. dazu auch Neugebauer/Stöss, PDS, S. 232f.

⁸¹ AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Arbeitspapier zur Klausurtagung des Landesvorstands Mecklenburg-Vorpommern am 14./15.1.1994 in Neukloster, „Thesen zur Wahlkampfstrategie der PDS“ von Landesgeschäftsführer Voss.

⁸² Vgl. Günter Pollach/Jörg Wischermann/Bodo Zeuner, Ein nachhaltig anderes Parteiensystem. Profile und Beziehungen von Parteien in ostdeutschen Kommunen. Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikern, unter Mitarbeit von Norbert Fröhlich und Manfred Leiske, Opladen 2000, S. 55 u. S. 58; Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 466.

⁸³ Vgl. Neugebauer, SPD: Im Osten auf neuen Wegen?, S. 19; Müller/Mrotzek/Köllner, SPD in Mecklenburg-Vorpommern, S. 237.

⁸⁴ Walter/Dürr/Schmidtke, SPD in Sachsen und Thüringen, S. 37. Vgl. auch Gero Neugebauer, Von der „Sofarunde“ in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie, in: Neugebauer/Niedbalski (Hrsg.), Die SDP/SPD in der DDR, S. 4–18, hier S. 17.

⁸⁵ Vgl. Des demokratischen Lebens ganze Fülle. Reinhard Höppner im Gespräch mit Heinz Beinert, in: Beinert (Hrsg.), Die PDS, S. 115; Klaus Schroeder, Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006, S. 473.

bewusst – wenn auch in unterschiedlichem Maß – vom Ausgrenzungskurs der „moralischen Rigoristen“⁸⁶ der Gründer-Gruppe ab⁸⁷.

Auf kommunaler Ebene wurde eine systematische Isolation der PDS ohnehin nie konsequent praktiziert. In einigen Fällen kam es zu Kooperationen zwischen Vertretern von SPD und PDS⁸⁸ – ungeachtet aller Vorgaben aus dem Bund und obwohl die SED-Vergangenheit oftmals eine schwere Belastung für die persönlichen Beziehungen darstellte. Nach und nach wurden auf diese Weise Feindbilder abgebaut und pragmatische Arbeitsverhältnisse geschaffen, ohne dass es gleich zu einer emphatischen Verbrüderung zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten gekommen wäre. Bei vielen ostdeutschen SPD-Funktionären stellte sich so eine veränderte und differenziertere Wahrnehmung der PDS ein.

Einbinden und Entzaubern? Die Debatte um das „Magdeburger Modell“ im Jahr 1994

Bereits zu Beginn des so genannten Superwahljahres 1994 hatten sich in der Sozialdemokratie zwei deutlich akzentuierte Lager herausgebildet, die im Umgang mit der PDS gegensätzliche Ansätze verfolgten⁸⁹. Wie weit die Positionen in der Partei auseinander lagen, zeigte sich an der Diskussion um das so genannte „Magdeburger Modell“ einer informellen Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS, das nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. Juni 1994 zum öffentlichen Politikum wurde.

Bei der Landtagswahl in dem ostdeutschen Bundesland hatte die SPD unter ihrem Vorsitzenden Rudolf Scharping fest auf einen Wahlsieg der rot-grünen Opposition über die christlich-liberale Koalition in Magdeburg gehofft und den Wahltag daher zum „Schlüsseldatum“ erklärt⁹⁰, mit dem nicht zuletzt ein Zeichen für die Bundestagswahl im Herbst gesetzt werden sollte. Die Landtagswahl erbrachte jedoch keine rot-grüne Mehrheit, sondern eine schwierige Patt-Situation zwischen der bisher regierenden CDU, die erneut stärkste Partei wurde, und der rot-grünen Wunschkoalition. Als Zünglein an der Waage gewann nun schlagartig die PDS an politischem Gewicht.

Obwohl vieles für eine Große Koalition unter CDU-Führung sprach, entschied sich der SPD-Landesvorstand bereits am Tag nach der Wahl, eine Minderheits-

⁸⁶ So das Urteil des Berliner Sozialdemokraten Krüger, Gründungsmitglied in Schwante, der sich selbst aber ausnahm. Thomas Krüger, Tolerierung oder Subversion der PDS? Gespräch mit Norbert Seitz und Christian Jürgens, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 42 (1995), S. 409–415.

⁸⁷ So z. B. Manfred Stolpe, der von seinem integrativen Politikstil in Brandenburg (Brandenburger Weg) auch die PDS nicht ausschloss. Vgl. Malte Lübker/Suzanne S. Schüttemeyer, Der Brandenburgische Landtag, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.), Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen, Wiesbaden 2004, S. 137–168, hier S. 140.

⁸⁸ Vgl. Pollach/Wischermann/Zeuner, Ein nachhaltig anderes Parteiensystem, S. 185–203.

⁸⁹ Siehe ebenda, S. 68.

⁹⁰ So SPD-Geschäftsführer Günter Verheugen, zit. in: Der Spiegel vom 20. 6. 1994, S. 25–27, hier S. 25.

regierung mit Bündnis 90/Die Grünen anzustreben. Wie der Spitzenkandidat Reinhard Höppner der Bundesspitze seiner Partei versicherte, entspreche dies dem Willen der Parteibasis in Sachsen-Anhalt⁹¹. Mit relativer Mehrheit sollte Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Einmal im Amt, so die Argumentation, würde sich die Minderheitsregierung auf wechselnde Mehrheiten im Landtag stützen können. Auch wenn führende Sozialdemokraten wie Rudolf Scharping und Wolfgang Thierse tatsächlich auf eine kooperationsbereite CDU hofften⁹²: Faktisch bedeutete dies die Abhängigkeit der Regierung Höppner von der PDS, die schon im Wahlkampf signalisiert hatte, gegebenenfalls eine rot-grüne Minderheitsregierung zu tolerieren⁹³, um ihre politische Isolation zu überwinden.

Trotz Widerständen von einigen Präsidiumsmitgliedern gab auch die Bonner Parteiführung grünes Licht⁹⁴. Wie sich anhand der Diskussion im SPD-Präsidium am 27. Juni 1994 nachweisen lässt, wurde das so genannte „Magdeburger Modell“⁹⁵ in der SPD-Spitze überwiegend unter wahltaktischen und machtpolitischen Vorzeichen diskutiert. Westdeutsche Sozialdemokraten wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Hans-Ulrich Klose warnten vor negativen Rückwirkungen eines Strategiewechsels auf die Wähler in den alten Bundesländern, eine Kooperation mit den Postkommunisten könne die SPD entscheidende Stimmen kosten⁹⁶.

Dagegen machte sich der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine für einen rot-grünen Machtwechsel in Magdeburg stark und erinnerte an die „Signalwirkung für den Bundestagswahlkampf“ gegen die Union⁹⁷. Deutlicher noch als Lafontaine argumentierte sein niedersächsischer Amtskollege Gerhard Schröder für eine grundlegende strategische Öffnung gegenüber der PDS: Der Umgang mit dieser, so Schröder, müsse „unter langfristigen Aspekten gesehen werden“: Die Postkommunisten müssten von der SPD „in eine Integrationsstrategie einbezogen werden. Es darf dieser Partei nicht gestattet werden, arbeits- und sozialpolitische Opposition in den jeweiligen Parlamenten zu sein.“ Sie werde „bei der Einbeziehung in die Regierungsverantwortung nicht lange ihre Eigenkraft bewahren können“⁹⁸.

Damit bezog sich Schröder auf die These der so genannten „Entzauberung“ der PDS durch Einbindung, die im Frühjahr 1994 bereits im Landesvorstand der

⁹¹ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 27. 6. 1994.

⁹² Ebenda.

⁹³ Vgl. Jürgen Plöhn, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. Juni 1994: Die Mehrheitsbildung bleibt dem Landtag überlassen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26 (1995), S. 215–231, hier S. 227.

⁹⁴ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 27. 6. 1994.

⁹⁵ Dies war zunächst ein Begriff des politischen Gegners; vgl. „Vorerst keine große Koalition in Sachsen-Anhalt“, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. 7. 1994; Peter Hintze, Der SPD ist jetzt offenbar jedes Mittel recht, in: CDU-Informationsdienst (UiD) vom 7. 7. 1994.

⁹⁶ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 27. 6. 1994.

⁹⁷ Ebenda, Zitat Oskar Lafontaine.

⁹⁸ Ebenda, Zitat Gerhard Schröder; vgl. auch „Die Magdeburger Koalitionspläne sorgen für Unruhe in der Bonner SPD-Fraktion“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 6. 1994.

SPD Mecklenburg-Vorpommerns diskutiert worden war⁹⁹. Abweichend von der offiziellen Linie der Bundespartei hatten führende Mitglieder der Landes-SPD um Gottfried Timm und den Landesvorsitzenden Harald Ringstorff für das Wahljahr 1994 eine Strategie der Öffnung gegenüber der PDS, ihren Wählern und ihren Mitgliedern formuliert. Eine „integrative Politik gegenüber PDS-Wählern“¹⁰⁰ sollte sich vor allem an das Milieu der früheren SED-Eliten und DDR-Nostalgiker richten, das die Sozialdemokraten im Jahr 1990 noch fast ganz ignoriert hatten¹⁰¹. Statt eine „pauschale Diskriminierung von PDS-Mitgliedern“¹⁰² zu betreiben, sollte vielmehr eine „Spaltung der PDS“ zwischen Radikalen und kooperationsbereiten Reformern herbeigeführt werden¹⁰³. Letztere, so die Hoffnung, könnten dann für eine sozialdemokratische Politik gewonnen werden. Es wurde sogar angezweifelt, ob „die PDS dauerhaft als linker Koalitionspartner der SPD ausgeschlossen“ bleiben könne¹⁰⁴.

Auch wenn nur die wenigsten so weit gehen wollten: Die Magdeburger Entscheidung reichte bereits aus, eine lang anhaltende öffentliche Debatte über das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Postkommunisten zu entfachen. Während die Unionsparteien mit der so genannten „Rote-Socken-Kampagne“ explizit an antikommunistische Wahlkampfstrategien aus der alten Bundesrepublik anknüpften und vor einer rot-roten „Linksfront“ warnten¹⁰⁵, herrschte in der SPD große Uneinigkeit. Vor allem Mitglieder der Gründergruppe der ostdeutschen Sozialdemokratie protestierten gegen das Abweichen vom klaren Anti-PDS-Kurs. Stephan Hilsberg argumentierte, angesichts des „linksextremen bis links-extremistischen Charakter[s]“ der Partei sei es falsch, „eine Zusammenarbeit mit der PDS anzustreben“ und diese so „hoffähig“ zu machen¹⁰⁶. Selbst eine Spaltung

⁹⁹ AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Protokoll der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes am 15.6.1994. Der Begriff „Entzauberung“ wird hier von Gottfried Timm eingeführt. Diese finde dort statt, wo die PDS Verantwortung übernehmen müsse.

¹⁰⁰ AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Protokoll der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes am 15.6.1994, Zitat Gottfried Timm.

¹⁰¹ Im Thesenpapier vom Januar 1994 hieß es dazu, die „SPD sollte auch positive Aspekte der DDR (Solidarität) hervorheben“, in: AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Arbeitspapier zur Klausurtagung am 14./15.1.1994 in Neukloster, „Thesen zur Wahlkampfstrategie der PDS“ von Landesgeschäftsführer Voss.

¹⁰² AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Protokoll der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes am 15.6.1994, Zitat Ringstorff.

¹⁰³ Ebenda, Kurzprotokoll der Landesvorstandssitzung am 5.9.1994, Zitat Ringstorff.

¹⁰⁴ Ebenda, Arbeitspapier zur Klausurtagung am 14./15.1.1994 in Neukloster, „Thesen zur Wahlkampfstrategie der PDS“ von Landesgeschäftsführer Voss.

¹⁰⁵ Das namengebende Plakat zeigte eine rote Socke an einer Wäscheleine und den Slogan „Auf in die Zukunft ... aber nicht auf roten Socken!“ Vgl. „Socken und Menschen“, in: Der Spiegel vom 25.7.1994, S.26–28; Die CDU warnte unter anderem mit dem Slogan „Zukunft statt Linksfront“. Vgl. „Politische Mitte oder Linksfront“, in: UiD vom 21.7.1994..

¹⁰⁶ Stephan Hilsberg, Knallhart bekämpfen, in: die tageszeitung vom 27.6.1994. Hilsberg wollte eine Zusammenarbeit nur zulassen, „wenn diese Wahlergebnisse zur Zusammenarbeit zwingen“.

der SPD sei nicht ausgeschlossen¹⁰⁷. Der frühere Parteisprecher der SPD lag damit auf der Linie des Parteivorsitzenden Scharping, der sich schnell wieder von der Magdeburger Entscheidung und damit auch von Reinhard Höppner distanziert hatte. Dessen Vorgehen könne „kein Modell für den Bund“ sein¹⁰⁸, da die PDS nach wie vor nicht zum „Verfassungsbogen“ der demokratischen Parteien gehöre¹⁰⁹.

Auch wenn es viele damals so wahrnahmen: Es war kein „tiefgreifender Unterschied zwischen Ost und West“¹¹⁰, der die Debatte um den Umgang mit der PDS prägte. Die SPD-internen Fronten verliefen quer zum Ost-West-Gegensatz in der Partei und resultierten in einer neuen Polarisierung zwischen Vertretern antikomunistischer Traditionen und deren Kritikern¹¹¹. Die Gruppe der dezidierten PDS-Gegner setzte sich aus west- wie ostdeutschen Sozialdemokraten zusammen: Zum einen aus früheren DDR-Dissidenten wie Markus Meckel und Stephan Hilsberg, die ihre ganze politische Existenz auf den Kampf gegen die SED gegründet hatten; zum anderen aus westdeutschen Sozialdemokraten wie Johannes Rau oder Rudolf Scharping, die in einer Öffnung nach links eine Gefahr für die Identität und die Mehrheitsfähigkeit der westdeutschen SPD sahen. Zu dieser Gruppe zählten Parteirechte vom Seeheimer Kreis genauso wie traditionalistische Gewerkschafter¹¹². Gemeinsam hatten die PDS-Gegner im Osten wie im Westen, dass sie sich auf den antitotalitären Konsens und die antikommunistische Tradition der SPD bezogen und ihre Ausrichtung hin zur politischen Mitte betonten: „Für ‚Godesberger‘ Sozialdemokraten“, so Heinrich August Winkler, sei „innerhalb der Linken, wie Gysi sie anpeilt, kein Platz“¹¹³.

Auf der anderen Seite standen ostdeutsche Pragmatiker wie Reinhard Höppner, Manfred Stolpe und Harald Ringstorff, die in der PDS demokratische Poten-

¹⁰⁷ Ebenda. Dieser Meinung schlossen sich auch westdeutsche Sozialdemokraten wie Gert Weisskirchen und Norbert Gansel an. AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung vom 4. 7. 1994.

¹⁰⁸ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 4. 7. 1994, Zitat Scharping.

¹⁰⁹ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 11. 7. 1994, Zitat Scharping.

¹¹⁰ „Ein tiefer Unterschied zwischen Ost und West“. Interview mit Reinhard Höppner, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. 5. 1998. Auch von anderer Seite wurde behauptet, im Westen sei „keinerlei Verständnis für die Situation im Osten vorhanden“, in: AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000156, Beschlußprotokoll der Sondersitzung des Landesvorstands am 17. 4. 1996, Zitat Dieter Schröder.

¹¹¹ Wolfgang Thierse betonte, dass es in der SPD sowohl „in Ost- wie in Westdeutschland“ „tiefgreifende Differenzen darüber gibt, wie wir uns gegenüber der PDS positionieren sollten“. „SPD kann Zusammenarbeit mit der PDS im Osten nicht ausweichen. Das Strategiepapier des Vizevorsitzenden Thierse“, in: Frankfurter Rundschau vom 19. 12. 1996.

¹¹² Dazu gehörten prominent neben Rudolf Scharping und Johannes Rau auch die Seeheimer Karl Hermann Haack, Gerd Andres und der Ostdeutsche Rolf Schwanitz, sowie der Gewerkschafter Hermann Rappe. Vgl. „Die Magdeburger Koalitionspläne sorgen für Unruhe in der Bonner SPD-Fraktion“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 6. 1994; „Ein sensibler Hartschädel“, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. 10. 1994; „Angriff auf den Ober-Ossi“, in: Der Spiegel vom 20. 1. 1997, S. 46 f.; „Ärgernis Ringstorff“, in: Focus vom 22. 5. 1996, S. 40 f.; „SPD-Promis gründen Anti-PDS-Kreis“, in: die tageszeitung vom 7. 12. 1998.

¹¹³ Heinrich August Winkler, Von den eigenen Sünden ablenken, in: Die Zeit vom 11. 11. 1994.

ziale für eine konstruktive Politik und für SPD-geführte Regierungen in den neuen Ländern erblickten¹¹⁴. Eine Ausgrenzung der PDS erschwerte in Stolpes Augen nur die „praktische Politik“ der ostdeutschen Sozialdemokraten, da eine „Zusammenarbeit in irgend einer Weise“ unausweichlich sei¹¹⁵. Unterstützung erhielten diese Pragmatiker aber auch von westdeutschen Sozialdemokraten wie Schröder, Lafontaine oder Henning Voscherau, von denen viele im Umfeld der Studentenbewegung und der „Neuen Linken“ sozialisiert worden waren. Sie hatten den Sozialisten gegenüber keine Berührungsängste und hatten mehrheitlich schon 1990 zu den Kritikern der antikommunistischen Abgrenzung gehört¹¹⁶. Dazu kamen noch einige stärker ideologisch denkende Vertreter der SPD-Linken, die eine „Kultur der Kooperation“ mit der PDS propagierten und damit auf eine „Sammlung aller Reformkräfte“ auf der politischen Linken zielten¹¹⁷.

Auf dem Weg der Öffnung gegenüber der PDS

In der Debatte wurde bald deutlich, dass hinter den Argumentationen sehr unterschiedliche Bewertungen der PDS selbst standen. Während die einen in ihr eine pragmatische „Regionalpartei“ mit „sozialdemokratische[n] Zügen“¹¹⁸ erblickten, verwiesen andere vor allem auf die Vergangenheit und sahen die PDS als extremistische Partei „in einem gewissermaßen verharmlosenden Gewand“¹¹⁹. Beide Seiten standen zwar zum demokratischen Konsens, stritten sich aber darüber, ob die PDS jenseits oder diesseits dieses Konsenses verortet werden müsse¹²⁰. Statt diese Frage inhaltlich-programmatisch zu klären, versuchte der Parteivorsitzende Rudolf Scharping die im Superwahljahr zur Unzeit kommende Diskussion um rot-rote Annäherungen mithilfe der so genannten „Dresdner Erklärung“ zu beenden, die auf sein Drängen hin von den ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzen-

¹¹⁴ „Mit der PDS rechnen“. Interview mit Manfred Stolpe, in: Der Spiegel vom 5. 12. 1994, S. 24–27, Zitat S. 26. Vgl. auch „Falsche Freunde“, in: Ebenda vom 15. 8. 1994, S. 20–22.

¹¹⁵ AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 5. 12. 1994, Zitat Stolpe.

¹¹⁶ Gerhard Schröder z. B. hatte bereits 1990 vor „innerstaatliche[n] Feinderklärungen“ an die PDS gewarnt; Verhandlungen des Bundesrates 1990, Stenographische Berichte, 618. Sitzung, S. 470.

¹¹⁷ „Streit in der SPD über den Umgang mit der PDS“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 10. 1994. Ähnlich äußerten sich auch die Parteilinken Christoph Zöpel und Thomas Westphal im Parteivorstand, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 4. 7. 1994, oder Gernot Erler in der Fraktion, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 22.914, Sitzungsprotokoll der SPD-Bundestagsfraktion am 21. 11. 1995.

¹¹⁸ AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 42.913, Internes Argumentationspapier zur PDS im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf, verfasst von Uwe Küster (Parlamentarischer Geschäftsführer), 11. 3. 1994.

¹¹⁹ Interview mit Rudolf Scharping im Südwestfunk, in: Presseservice der SPD 277/94 vom 26. 4. 1994, S. 3.

¹²⁰ Vgl. den Streit um die Einbindung der PDS in Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus bei Stefan Schieren, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell“ mit einigen Mängeln, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30 (1999), S. 56–78, hier S. 70.

den der SPD am 12. August 1994 veröffentlicht wurde¹²¹. Einerseits untermauerte die Erklärung den Ab- und Ausgrenzungskurs: „Die PDS ist ein politischer Konkurrent und Gegner der SPD. Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage.“¹²² Andererseits ging sie zur Begründung weder auf die strittige Frage der Verfassungstreue der PDS noch auf programmatische Differenzen ein. In dieser Form konnte die Erklärung daher auch kein „Niemals mit der PDS“ bedeuten, wie es die ostdeutsche SPD noch im Volkskammerwahlkampf 1990 formuliert hatte.

Kein Wunder also, dass die Debatte um die „Abgrenzungsstrategie“¹²³ der SPD nach der verlorenen Bundestagswahl im Oktober 1994 erneut aufflammte. Rudolf Scharping versuchte dieses Mal mit einem Vorstandsbeschluss vom 5. Dezember 1994, dem Drängen nach einer rot-roten Annäherung entgegenzuwirken¹²⁴, er blieb aber wiederum ohne Erfolg. Zwar schloss das Papier eine „Bündnisstrategie gegenüber der PDS“ sowie formelle „Koalitionen auf Landes- und Bundesebene mit der PDS“¹²⁵ aus. Der Vergleich der endgültigen Erklärung mit der ursprünglichen Vorlage der Parteiführung¹²⁶ zeigt aber, dass die Kritiker der Exklusionsstrategie eine Reihe zentraler Änderungen durchsetzen konnten. Ein Passus, der jede „Zusammenarbeit“ und „gemeinsame politische Initiativen“ der SPD mit der PDS ausschloss¹²⁷, wurde gestrichen. Die letzte Fassung des Papiers befürwortete sogar erstmals „normale parlamentarische Kontakte“¹²⁸ mit der PDS. Damit wurde die von Rudolf Scharping angestrebte Wirkung ins Gegenteil verkehrt: Nur fünf Jahre nach dem Mauerfall hatte die SPD die Nachfolgepartei der SED zumindest indirekt als normale Konkurrenzpartei anerkannt.

Die „Normalisierung“ der Beziehungen lag durchaus auch im Interesse der PDS. Unter der reformorientierten Führung um Gregor Gysi, Lothar Bisky und André Brie bot sich die Partei immer deutlicher für Regierungsbündnisse mit der SPD an, um die eigene Isolation zu überwinden und sich als linkssozialistische Partei mit gesamtdeutschem Anspruch zu etablieren¹²⁹. Bereits nach der Landtagswahl im Oktober 1994 hatten beide Parteien in Mecklenburg-Vorpommern erstmals direkte Sondierungsgespräche aufgenommen und damit auf sozial-

¹²¹ Vgl. Die Chancen der Einheit endlich nutzen. Dresdner Erklärung des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping und der ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 49/154 vom 12. 8. 1994.

¹²² Ebenda.

¹²³ Gerhard Schröder argumentierte, die Strategie sei „schädlich“, da sie vor allem als „Knüppel“ und als „Instrument der gegnerischen Partei gegen die SPD“ eingesetzt werde, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 5. 12. 1994.

¹²⁴ Vgl. Beschluss des Parteivorstands, in: Presseservice der SPD 910/94 vom 5. 12. 1994.

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ AdsD, SPD-Parteivorstand, Vorlage für die Parteivorstandssitzung am 5. 12. 1994.

¹²⁷ Ebenda.

¹²⁸ Beschluss des Parteivorstands, in: Presseservice der SPD 910/94 vom 5. 12. 1994.

¹²⁹ Vgl. André Brie, Wie normal ist die PDS? Gespräch mit Norbert Seitz, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 46 (1999), S. 252–257; Oswald, Party, S. 115–117.

demokratischer Seite heftige „Proteste aus Bonn“¹³⁰ hervorgerufen. Zwar trat Harald Ringstorff schließlich als Juniorpartner in eine Große Koalition mit der CDU ein¹³¹. In der Landes-SPD wurde aber die „qualitativ hochrangige Gesprächsführung“ mit der PDS gelobt¹³². Zudem kündigte man weitere Gespräche an, von denen „ein positiver Einfluß“ auf die „politische Kultur im Lande“ ausgehen solle¹³³. Ringstorff war es sogar gelungen, die PDS in Mecklenburg-Vorpommern unter ihrem Vorsitzenden Helmut Holter zu einem unmissverständlichen Bekenntnis zum Grundgesetz zu bewegen. Dazu kamen deutliche Worte des Bedauerns über das Unrecht, das an Sozialdemokraten in der DDR verübt worden war¹³⁴. Beides sollte helfen, in und außerhalb der SPD Vorbehalte gegenüber den SED-Nachfolgern abzubauen.

Auftrieb erhielt die Ringstorff-Linie schließlich mit der Wahl Oskar Lafontaines zum neuen Parteivorsitzenden auf dem Mannheimer Parteitag im November 1995. Anders als sein Vorgänger Scharping betonte Lafontaine stärker den Gegensatz zur Union als zur PDS. Die Aussage des frisch gekürten Vorsitzenden, er sehe „für das linke Lager eine Mehrheit“¹³⁵, wurde in der Öffentlichkeit zu Recht als Vorbote eines Strategiewechsels auch gegenüber der PDS gedeutet¹³⁶. Überzeugt, dass die „Stigmatisierung“ der Postkommunisten die strategischen Möglichkeiten der SPD einschränke und daher vor allem der Union nutzte¹³⁷, gab Lafontaine intern die Devise aus, mit der PDS selbstbewusster und weniger ängstlich umzugehen¹³⁸. Als einen seiner ersten Amtsakte inszenierte der neue Vorsitzende daher ein Treffen mit Gregor Gysi¹³⁹, dem ein wahrer „Reigen von Gesprächen“¹⁴⁰ ostdeutscher SPD-Politiker mit prominenten PDS-Vertretern folg-

¹³⁰ So der Landtagsabgeordnete Rolf Eggert, in: AdSD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand und Landtagsfraktion am 31. 10. 1994.

¹³¹ Die PDS-Öffnung war auch im eigenen Landesverband umstritten. Schon auf der ersten Landesvorstandssitzung nach der Wahl war es zu energischen Debatten zwischen Anhängern und Gegnern des Tolerierungsmodells gekommen, deren Anzahl sich etwa die Waage hielt. AdSD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Kurzprotokoll der Landesvorstandssitzung am 17. 10. 1994.

¹³² So die Einschätzung von Till Backhaus, ähnlich auch Gottfried Timm und der PDS-Gegner Hinrich Kuessner, in: AdSD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand und Landtagsfraktion am 31. 10. 1994.

¹³³ Ebenda, Beschluß des SPD-Landesvorstands und der SPD-Landtagsfraktion MV auf der gemeinsamen Sitzung am 31. 10. 1994 in Güstrow.

¹³⁴ Ebenda, Erklärung des PDS-Landesvorsitzenden Helmut Holter und des Vorsitzenden der PDS-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Johann Scheringer, Schwerin, 27. 10. 1994; ebenda, SPD-Landesvorstand, Notwendige Klarstellungen, 25. 10. 1995.

¹³⁵ „Eine Mehrheit für das linke Lager“. Interview mit SPD-Chef Oskar Lafontaine über die Perspektiven seiner Partei, in: Der Spiegel vom 20. 11. 1995, S. 29–32, Zitat S. 32.

¹³⁶ Vgl. Axel Brückom, Jenseits des „Magdeburger Modells“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jahrgang 9, Baden-Baden 1997, S. 174–187, hier S. 181.

¹³⁷ Oskar Lafontaine, Das Herz schlägt links, München 1999, S. 75.

¹³⁸ AdSD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 17. 11. 1995.

¹³⁹ Vgl. „Nach der Ausgrenzung die Umarmung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. 11. 1995. Zum Inhalt des Gesprächs vgl. Gysi, Blick zurück, S. 370.

¹⁴⁰ „Auch Stolpe trifft PDS-Gruppenchef Gysi“, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. 11. 1995.

te¹⁴¹. Deutlicher konnte die Abkehr vom längst prekär gewordenen Ausgrenzungskurs nicht demonstriert werden.

Im Bund nein, im Osten ja – ein neuer Kompromiss im Wahljahr 1998

Lafontaine und Gysi mochten die „Umarmung“ suchen¹⁴², in der SPD stellten sich aber weiterhin viele gegen jede Annäherung. Trotz der neuen Signale aus Bonn scheiterte Harald Ringstorff im Frühjahr 1996 mit dem Versuch, die Große Koalition in Mecklenburg-Vorpommern zugunsten einer Kooperation mit der PDS aufzukündigen¹⁴³. Wie bereits im Herbst 1994 waren es erneut westdeutsche Sozialdemokraten, die eine rot-rote Zusammenarbeit verhinderten: Der stellvertretende Parteivorsitzende Johannes Rau drohte sogar, im Fall einer Kooperation mit der PDS von seinen Ämtern zurückzutreten¹⁴⁴. Aber auch Ringstorffs eigener Landesverband war in der PDS-Frage uneins: Während der linke Warener Kreis durchaus bereit war, die angestrebte „linke Vorherrschaft in Ostdeutschland“ durch eine rot-rote Zusammenarbeit zu verwirklichen¹⁴⁵, bestanden Vertreter des Güstrower Kreises darauf, dass die PDS „die Wende in den Köpfen noch nicht vollzogen“ habe¹⁴⁶.

Auf Bundesebene wiederum wurde die PDS-Frage von dem parteiinternen Personal- und Richtungsstreit aufgeladen, der sich zwischen Gerhard Schröder und den „Modernisierern“ einerseits, Oskar Lafontaine und den linken „Traditionalisten“ andererseits anbahnte. Die von Lafontaine propagierte Linksöffnung widersprach dem Vorhaben der Modernisierer, eine wirtschaftsfreundliche und angebotsorientierte Agenda durchzusetzen¹⁴⁷. Dagegen offenbarten Parteilinke der SPD Anknüpfungspunkte zur PDS, wenn sie Widerstand gegen die „haltlosen Versprechen des Neoliberalismus“ ankündigten und für eine stärkere politische „Steuerung der Ökonomie“ eintraten¹⁴⁸.

¹⁴¹ Dazu gehörten unter anderem ein Treffen Gysis mit Harald Ringstorff sowie eines mit Manfred Stolpe Ende 1995. Vgl. „Man sollte nie nie sagen“, in: Die Welt vom 17. 11. 1995; „Stolpe erwartet heftigen Streit mit der PDS“, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 12. 1995.

¹⁴² Vgl. „Nach der Ausgrenzung die Umarmung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. 11. 1995.

¹⁴³ AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000156, Beschlußprotokolle der Sondersitzungen des Landesvorstands am 17. und 23. 4. 1996; ebenda, Beschlußprotokoll der gemeinsamen Sondersitzung des Landesvorstands mit der Landtagsfraktion am 26. 4. 1996.

¹⁴⁴ Das berichtet Ringstorff im Landesvorstand, in: Ebenda, Beschlußprotokoll der Sondersitzung des Landesvorstands am 23. 4. 1996.

¹⁴⁵ Ebenda, Zusammenfassende Überlegungen zur politischen, programmatischen und personellen Strategie mit Blick auf den a. o. Landesparteitag am 30. 11. 1996.

¹⁴⁶ So Landesvorstandsmitglied Wilcken, in: Ebenda, Protokoll der Landesvorstandssitzung am 21. 9. 1996.

¹⁴⁷ Vgl. Gerhard Hirscher, Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagwahlen vom 24. März 1996, München 1996, S. 5.

¹⁴⁸ „Allons enfants de la Sozialdemokratie! Über die Erneuerung der sozialen Demokratie. Positionspapier der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion“, in: Frankfurter Rundschau vom 21. 2. 1996.

Zu diesen Auseinandersetzungen gehörte auch, dass mit Gerhard Schröder bald einer der mächtigsten Befürworter einer Integration der PDS auf die Position des Seeheimer Kreises der SPD-Rechten einschwenkte und aus taktischen Gründen von seiner bisherigen Haltung Abstand nahm. Mochte Schröder eine SPD-PDS-Kooperation in den neuen Ländern nach wie vor strategisch opportun erscheinen, so wollte der Kanzlerkandidat mit Blick auf die Bundestagswahl 1998 insbesondere in den umkämpften westdeutschen Wählerschichten der Neuen Mitte keine Verunsicherung riskieren¹⁴⁹. Damit entzog er gleichzeitig einer neuerlichen Rote-Socken-Kampagne der Union die Angriffsfläche und sicherte sich die innerparteiliche Unterstützung des rechten Flügels und der Modernisierer in der SPD, die einer linken Lagerstrategie kritisch gegenüberstanden.

Der von Oskar Lafontaine vertretene Kurs der rot-roten Öffnung auf Bundesebene war damit ohne Chance. Die SPD kehrte aber keineswegs zur kompromisslosen Exklusionsstrategie früherer Jahre zurück. Vor allem in Ostdeutschland war die angestoßene Entwicklung nicht mehr aufzuhalten: Gegen den Willen des Kanzlerkandidaten zog die SPD in Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl im April 1998 die Fortsetzung des Magdeburger Modells einer von Schröder favorisierten Großen Koalition vor¹⁵⁰. Gleichzeitig lief in Mecklenburg-Vorpommern nach den Landtagswahlen im Herbst alles auf eine rot-rote Koalitionsregierung hinaus, nachdem der Landesverband bereits im Februar 1997 in einer Urabstimmung Harald Ringstorff erneut zum Landesvorsitzenden gewählt und damit seinen Kurs bestätigt hatte¹⁵¹.

Unter dem Druck der inneren Polarisierung fand die SPD schließlich im Wahljahr 1998 zu einer Kompromissformel: Im Bund sollten Allianzen mit der PDS weiterhin tabu sein, in den Ländern hingegen durfte fortan autonom entschieden werden¹⁵². Diese Unterscheidung wurde für die kommenden Jahre zur offiziellen Linie der SPD im Umgang mit der PDS und löste die Exklusionsstrategie von 1990 im Zeichen des „Konsens aller Demokraten“ endgültig ab. Noch im Herbst 1998 erreichte Harald Ringstorff sein Ziel und schloss in Mecklenburg-Vorpommern die erste SPD-PDS-Koalition in einem deutschen Bundesland. Anfang 2002 folgte in Berlin eine weitere rot-rote Regierung unter Klaus Wowereit und Gregor Gysi, ehe die Schweriner Koalition nach der Landtagswahl 2002 um weitere vier Jahre verlängert wurde¹⁵³. Die Integration der PDS war nun zumindest in einigen Ländern Wirklichkeit geworden.

¹⁴⁹ Vgl. Gerhard Schröder, *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik*, Hamburg 2006, S. 100.

¹⁵⁰ Vgl. Schieren, *Landtagswahl in Sachsen-Anhalt*, S. 75.

¹⁵¹ Vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, *Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30 (1999), S. 97–116, hier S. 99.

¹⁵² Diese Unterscheidung hatte der frühere PDS-Kritiker Wolfgang Thierse bereits Ende 1996 vorgeschlagen. Vgl. „SPD kann Zusammenarbeit mit der PDS im Osten nicht ausweichen. Das Strategiepapier des Vizevorsitzenden Thierse“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 19. 12. 1996.

¹⁵³ Zur Entwicklung nach 1998 siehe David F. Patton, *Out of the East. From PDS to Left Party in Unified Germany*, Albany 2011, hier S. 97–100.

Trotz dieser Entwicklung blieben Kooperationen mit der PDS aber auch künftig umstritten. Zwar trat die Problematik des Umgangs mit der PDS auf Bundesebene für einige Jahre in den Hintergrund, da SPD und Grüne bei der Bundestagswahl 1998 und 2002 jeweils eigene Mehrheiten ohne Hilfe der PDS erreichten. Nichtsdestoweniger warnten aber ostdeutsche und westdeutsche Sozialdemokraten weiterhin, die SPD müsse mit Blick auf ihre Mehrheitsfähigkeit „Distanz wahren“ zur PDS und dürfe den Schweriner Kurs keinesfalls „als neue Linie der Bundespartei ausrufen“¹⁵⁴. Die Frage des Verhältnisses zur PDS blieb daher weiterhin ungelöst und kehrte nur wenige Jahre später, nach der Agenda 2010 und der Ausdehnung der Linkspartei/PDS auf die westdeutschen Bundesländer ab dem Jahr 2005, mit ganz neuer Wucht und unter ganz neuen Vorzeichen zurück – mit der ironischen Wendung, dass der Parteiwechsel Oskar Lafontaines von der SPD zum Linksbündnis aus PDS und WASG nun zu einem zusätzlichen Hindernis für rot-rote Kooperationen wurde.

Fazit

Wie die Analyse der SPD-internen Diskussionen und Entscheidungsprozesse anhand von Präsidiums- und Vorstandsprotokollen zeigt, verfolgte die SPD in den 1990er Jahren zu keiner Zeit eine in sich konsistente und allseits akzeptierte Strategie im Umgang mit der PDS. Zwar distanzierte sie sich zunehmend von ihrem anfänglichen Ausgrenzungskurs. Dies gründete aber auf keinem Konsens, sondern war das Ergebnis komplizierter Kompromisse zwischen zwei diametral entgegengesetzten Strategieansätzen – zwischen Integration und Exklusion der PDS. 1989/90 wurden die Diskussionen noch wesentlich durch das Versagen der SED und die moralische Empörung der Oppositionellen in der DDR geprägt. Mit den Jahren wuchs aber die Bedeutung machtstrategischer Argumente und programmatischer Interessenkonflikte. Insofern unterlagen die Beziehungen der SPD zur PDS einer realpolitischen „Normalisierung“, die jedoch nicht von der ganzen Partei mitgetragen wurde. Mit der Unterscheidung von Bundes- und Landespolitik einigte sich die Partei schließlich für mehrere Jahre auf einen fragilen und in sich widerspruchsvollen Kompromiss, der nach 2003 von neuem aufbrechen sollte.

Der wesentliche Grund dieser unvereinbaren Haltungen ist nicht primär in einem Gegensatz zwischen kooperationsfreudigen ost- und PDS-feindlichen westdeutschen Sozialdemokraten zu suchen. Stattdessen trafen in der SPD nach 1990 mehrere Traditions- und Argumentationsstränge aufeinander, die in der Frage des Umgangs mit der SED die gegensätzlichen Pole markierten. Die Gegner der PDS in Ost und West stützten sich auf das SED-feindliche Erbe der Oppositionsbewegung in der DDR und auf die antikommunistische Tradition der westdeutschen

¹⁵⁴ Auszüge aus einem „Memorandum“ von Markus Meckel, Richard Schröder, Erhard Eppeler und Klaus Böger, „Die Mehrheit hält Distanz zur PDS“, in: Der Spiegel vom 2. 11. 1998, S. 112–115. Vgl. auch Gerhard Hirscher, Jenseits der „Neuen Mitte“. Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998, München 2001, S. 5–7.

Nachkriegs-SPD. Gemeinsam beschworen sie einen lagerübergreifenden Konsens der Demokraten gegen die postkommunistische PDS. Ihre innerparteilichen Kontrahenten in den alten und neuen Bundesländern dagegen sahen in der PDS einen potenziellen Bündnispartner und einen Teil eines linken Lagers. Sie setzten sich daher für eine Entspannung der Beziehungen ein und lehnten die Abqualifizierung der PDS als extremistisch als unzureichendes Pauschalurteil ab. Damit standen sie einerseits in der Tradition der Dialogpolitik der achtziger Jahre und der westdeutschen Neuen Linken, die den Antikommunismus mehrheitlich verwarfen. Andererseits beriefen sie sich auf die ostdeutsche Konsenskultur der Runden Tische und des pragmatischen Umgangs miteinander.

Auf diese Weise wurden im wiedervereinigten Deutschland alte Strategiediskussionen innerhalb der politischen Linken über gegenseitige Abgrenzung oder Kooperation wiederaufgenommen. Diese hatten bereits in der Weimarer Republik das schwierige Verhältnis zwischen SPD und KPD geprägt und waren – wie sich nun zeigte – im Kalten Krieg nur vorübergehend in den Hintergrund getreten. Nach der deutschen Wiedervereinigung verbanden sie sich zudem mit dem schwierigen Erbe der SED-Herrschaft in Ostdeutschland. Dies machte es der SPD in den neunziger Jahren praktisch unmöglich, eine eindeutige und konsensgetragene Strategie gegenüber der PDS zu formulieren – eine Situation, die bis heute nachwirkt.